

Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Herbst 1978

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Essen:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
(Institut für Konjunkturforschung)

HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg

IFO-Institut für Wirtschaftsforschung, München

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

Abgeschlossen in Essen am 20. Oktober 1978

Die Lage der Weltwirtschaft

In den westlichen Industrieländern hat sich im Sommerhalbjahr 1978 die konjunkturelle Expansion fortgesetzt. In den USA dauerte der Aufschwung noch an, allerdings in verringertem Tempo. Gleichzeitig hielten in Japan und Westeuropa die Erholungstendenzen an. Damit hat sich eine Verringerung des internationalen Konjunkturgefälles angebahnt. Dieser Prozeß wird durch die Wirtschaftspolitik gefördert: In den USA nehmen – auch unter dem Eindruck der starken Dollarabwertung während der letzten Monate – die Bemühungen um eine Eindämmung der Inflation zu. In Japan dagegen ist die Wirtschaftspolitik angesichts der scharfen Aufwertung des Yen auf eine kräftige Stimulierung der Binnennachfrage gerichtet, in Westeuropa zielt sie nach wie vor auf eine Stützung der konjunkturellen Aufwärtsbewegung ab, um die in den

meisten Ländern hohe Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Die Erfolgsaussichten dieser Politik haben sich dadurch verbessert, daß der Preis- und Kostenauftrieb insgesamt merklich nachgelassen hat. Hinzu kommt, daß sich in den währungsschwachen Ländern die Leistungsbilanzen verbessert haben.

Auslaufender Aufschwung in den USA

In den USA stieg die Produktion im Frühjahr 1978 – nach einer witterungs- und streikbedingten Stagnation des realen Bruttosozialprodukts – außerordentlich rasch an. Danach setzte sich die Expansion in gemäßigtem Tempo fort. Besonders kräftig nahmen die Investitionen der Unternehmen und die Exporte zu. Dagegen stiegen der private Verbrauch und der Woh-

nungsbau langsamer als zuvor. Im Sommerhalbjahr setzte eine Tendenz zum Abbau des Handelsbilanzdefizits ein, u. a. infolge einer Erhöhung der Agrarexporte und einer merklichen Abnahme der Rohölimporte.

Die Zahl der Beschäftigten stieg weiter an; dabei fiel die Arbeitslosenquote auf rund 6 vH. Zur Erhöhung der Beschäftigung hat eine expansive Wirtschaftspolitik wie auch ein über die letzten Jahre hinweg nur geringer Reallohnanstieg beigetragen.

Der Preisauftrieb hat sich im Laufe dieses Jahres beschleunigt. Zwar spiegelt der Anstieg der Jahresrate bei den Verbraucherpreisen von 6,5 vH im Winterhalbjahr auf eine Rate von rd. 10 vH im Sommer überwiegend die starke Teuerung bei Nahrungsmitteln wider. Aber auch die Preise der übrigen Waren und Dienstleistungen stiegen rascher. Dabei spielten auch von der Abwertung ausgehende Preisanstöße eine Rolle.

Das Defizit im gesamten öffentlichen Haushalt blieb hinter den Voranschlägen zurück. Während die Steuereinnahmen stärker als geplant stiegen, erreichten die Staatsausgaben die Haushaltsansätze nicht. Für 1979 ist eine deutliche Reduzierung der zunächst geplanten Steuersenkungen und eine enge Begrenzung des Ausgabenanstiegs vorgesehen, um die Inflation zu bekämpfen. Dieser Entschluß wurde durch die relativ günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt erleichtert.

Die Expansion der Geldmenge war im bisherigen Jahresverlauf merklich stärker, als sich die Zentralbank zum Ziel gesetzt hatte. Offensichtlich dominierte das Bemühen, den Anstieg der kurzfristigen Zinssätze zu bremsen, der auf eine starke Zunahme der privaten Kreditnachfrage zurückzuführen war. Die Erhöhungen des Diskontsatzes — auf schließlich 8 vH im September — stellen überwiegend Anpassungen an die Geldmarktsätze dar, nicht aber ein Einschwenken auf eine restriktive Geldpolitik.

Eine im ganzen unschlüssige Wirtschaftspolitik und verstärkte Inflationserwartungen schürten das Mißtrauen gegenüber dem Dollar, so daß sich die Abwertung in den Sommermonaten fortsetzte, obwohl sich die Leistungsbilanzdefizite bereits sichtlich verringert hatten. Im Zuge der Abwertung ergab sich eine spürbare Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der USA, vor allem gegenüber Japan, aber auch gegenüber einigen westeuropäischen Ländern.

Für das kommende Jahr zeichnet sich eine Verlangsamung der konjunkturellen Expansion ab. Angesichts des beschleunigten Preisanstiegs ist wohl damit zu rechnen, daß die Wirtschaftspolitik einen stär-

ker auf Inflationsbekämpfung gerichteten Kurs einschlagen wird. Unter diesen Bedingungen wird sich der Wohnungsbau spürbar abschwächen; gewerbliche Investitionen und privater Verbrauch werden langsamer expandieren. Da der Übergang zu einer scharfen Restriktionspolitik unwahrscheinlich ist und es bisher nicht zu Übersteigerungen in der Lagerbildung kam, ist ein Abgleiten in eine Rezession jedoch nicht zu erwarten.

Insgesamt ist für 1979 im Jahresdurchschnitt mit einer Zuwachsrate des realen Bruttosozialprodukts von rund 3 vH gegenüber einer Zuwachsrate von knapp 4 vH für 1978 zu rechnen. Der Auslastungsgrad der Produktionskapazitäten wird sich somit kaum noch erhöhen. Die Arbeitslosenquote dürfte wieder etwas zunehmen. Der Preisauftrieb wird kräftig bleiben. Im Jahresdurchschnitt 1979 wird der Anstieg der Verbraucherpreise etwa 8 vH betragen, nach 7 1/2 vH in 1978.

Japan weiter auf Expansionskurs

Nach einer kräftigen Beschleunigung zu Jahresbeginn hat sich die konjunkturelle Expansion in Japan im Laufe des Sommerhalbjahres wieder etwas verlangsamt. Dies ist auf einen Rückgang der realen Ausfuhr seit dem Frühjahr zurückzuführen, wozu die kräftige Aufwertung des Yen — von Anfang 1977 bis Oktober 1978 um effektiv rd. 50 vH — und Selbstbeschränkungen im Export beigetragen haben. Vor allem weil sich die Terms of Trade weiter stark zugunsten Japans verschoben haben, ist der Leistungsbilanzüberschuß bisher nur wenig gesunken.

Die Inlandsnachfrage nahm infolge der staatlichen Stimulierungsmaßnahmen beschleunigt zu. Insbesondere die öffentlichen Investitionen wurden kräftig ausgeweitet. Der Anstieg des realen privaten Verbrauchs wurde durch die starke Abschwächung des Preisauftriebs begünstigt; trotz der verminderten Tariflohnerhöhungen im Frühjahr und der geringen Steigerung der Sommergratifikationen waren die Reallöhne zuletzt um 4 vH höher als vor Jahresfrist. Die private Investitionstätigkeit hat sich unter dem Einfluß erhöhter Gewinne — nicht zuletzt eine Folge der verbesserten Terms of Trade — weiter belebt.

Trotz der gedämpften Exportaussichten ist mit einer anhaltenden Expansion in Japan zu rechnen. Das umfassende Konjunkturprogramm vom September dieses Jahres, das erhebliche Mittel für öffentliche Investitionen und zur Förderung des Wohnungsbaus vorsieht, wird die Inlandsnachfrage erneut anregen. Im Falle eines Erlahmens der Auftriebskräfte dürfte die Regierung — wie bereits angekündigt — weitere konjunkturpolitische Maßnahmen ergreifen. Der private Verbrauch wird weiter zügig expandieren, doch sind

von ihm keine zusätzlichen Nachfrageimpulse zu erwarten, zumal sich der Preisanstieg kaum weiter abschwächen dürfte. Umfrageergebnisse deuten darauf hin, daß sich die Belegung der privaten Investitionstätigkeit im nächsten Jahr fortsetzt. Insgesamt ist für 1979 mit einem Anstieg des realen Sozialprodukts zu rechnen, der nicht nennenswert geringer als im laufenden Jahr (6 vH) sein wird. Angesichts der starken Verbilligung der Einfuhren und bei voraussichtlich wieder mäßigen Lohnerhöhungen werden die Verbraucherpreise im kommenden Jahr wiederum nicht stärker als 1978 steigen, als die Teuerungsrate 4 vH betrug.

Erholung in Westeuropa setzt sich fort

Nach einer vorübergehenden Abflachung der Produktion im Frühjahr 1978 haben sich die konjunkturellen Aufwärtstendenzen in Westeuropa fortgesetzt. Zur Konjunkturerholung hat die expansive Wirtschaftspolitik beigetragen. Die deutliche Abschwächung des Preisauftriebs, die zumeist zu beobachtende Verringerung des Lohnanstiegs und die Verminderung der außenwirtschaftlichen Schwierigkeiten wichtiger Länder haben die Bedingungen für eine weitere konjunkturelle Aufwärtstendenz insgesamt verbessert.

Staatliche Förderungsmaßnahmen und günstige Finanzierungsbedingungen haben in einer Reihe von Ländern vor allem zu einer kräftigen Belegung der Wohnungsbauinvestitionen geführt. Aber auch die öffentlichen Bauinvestitionen expandierten häufig verstärkt. Die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern ist leicht gestiegen; allerdings kam es erst vereinzelt zu einer deutlichen Belegung der Investitionstätigkeit. Günstigere Absatzerwartungen sprechen dafür, daß diese Belegungstendenzen anhalten werden.

Der private Verbrauch expandierte in den meisten Ländern zügig. Der Anstieg war besonders lebhaft in Großbritannien, Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland. Getragen wurde die Zunahme des Konsums durch eine weitere, auch aus Steuerentlastungen resultierende Expansion der verfügbaren Einkommen; deren Kaufkraft wurde durch die anhaltende Preisberuhigung gestärkt. Weiterhin kräftig stieg im allgemeinen die Nachfrage nach dauerhaften Gebrauchsgütern, vor allem nach Automobilen und anderen Gütern des gehobenen Bedarfs.

Die Ausfuhren der westeuropäischen Länder haben sich im Frühsommer, nach einer vorübergehenden Flaute, merklich erhöht. Impulse kamen von der deutlichen Belegung im innereuropäischen Handel. Die Lieferungen nach Nordamerika nahmen demgegenüber nur noch langsam zu. Der Absatz in die Staatshandelsländer, der im letzten Jahr stark zurückgegangen war, stieg wieder an, wenn auch verhalten. In

jenen Ländern, die in den vergangenen Jahren besonders hohe Leistungsbilanzdefizite aufwiesen, verbesserte sich die außenwirtschaftliche Lage weiter, so vor allem in Italien, Frankreich und Schweden.

Die Arbeitslosigkeit verharrte saisonbereinigt annähernd auf dem Niveau des Winterhalbjahres; sie war damit zumeist etwas höher als vor Jahresfrist. In Frankreich kam es, nach dem durch Sonderfaktoren bewirkten Rückgang im vergangenen Winter, sogar zu einem deutlichen Anstieg. Die Produktionsausweitung in Westeuropa hätte für sich genommen nicht ausgereicht, um einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verhindern, wenn nicht arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ergriffen worden wären und nicht eine größere Abwanderung in die „Stille Reserve“ stattgefunden hätte.

Die nach wie vor ungünstige Arbeitsmarktlage hat dazu beigetragen, daß sich der Lohnauftrieb zumeist weiter abschwächte. Ausnahmen bilden Großbritannien und Frankreich: Die erneute Beschleunigung ist in Großbritannien weitgehend eine Reaktion auf den deutlichen Rückgang der Reallöhne, zu dem es im vergangenen Jahr infolge einkommenspolitischer Maßnahmen gekommen war; in Frankreich war die Verstärkung des Lohnanstiegs primär auf eine kräftige Anhebung der Mindestlöhne zurückzuführen. Von Land zu Land weichen die Lohnsteigerungen weiterhin beträchtlich voneinander ab.

Der Preisauftrieb hat sich im Laufe dieses Jahres zumeist noch leicht verlangsamt. In der Bundesrepublik und in einer Reihe kleinerer Länder sind die Teuerungsraten nunmehr fast so niedrig wie in den 60er Jahren. In Italien, Frankreich und Großbritannien ist der Preisauftrieb hingegen weiterhin stark. Zur weiteren Beruhigung haben von der Kostenseite her insbesondere die Verbilligung importierter Rohstoffe, aber teilweise auch die Lohnentwicklung beigetragen. Hinzu kam eine günstige Entwicklung der Nahrungsmittelpreise infolge reichlicher Ernten. In gleicher Richtung wirkte der intensive Wettbewerb aufgrund unterausgelasteter Kapazitäten.

Die Wirtschaftspolitik blieb im Sommerhalbjahr 1978 auf eine Stützung der Konjunktur gerichtet. Expansive Impulse gingen namentlich von der Geldpolitik aus. In der Bundesrepublik Deutschland und in der Schweiz erhöhte sich die Geldmenge nicht zuletzt deshalb beträchtlich, weil die Zentralbanken versuchten, durch Devisenkäufe den Aufwertungsdruck auf ihre Währung zu mildern. Die Zinsentwicklung zeigte keine einheitliche Tendenz: In Frankreich, Schweden und zuletzt auch in Italien gingen die kurzfristigen Zinsen noch zurück; in Großbritannien kam es dagegen wieder zu einem spürbaren Zinsanstieg, nachdem die

Geldpolitik ihren überaus expansiven Kurs verlassen hatte.

Die finanzpolitischen Impulse hielten sich im allgemeinen in engen Grenzen. Die Haushaltsansätze für das Jahr 1979 lassen erkennen, daß die meisten Regierungen weiterhin einen vorsichtig expansiven finanzpolitischen Kurs verfolgen wollen.

Stärkere expansive Wirkungen sind nur von den jüngsten finanzpolitischen Beschlüssen in der Bundesrepublik Deutschland zu erwarten. Im allgemeinen werden die öffentlichen Defizite noch etwas höher ausfallen als 1978. Es wird davon ausgegangen, daß 1979 Ankurbelungsmaßnahmen größeren Umfangs nicht ergriffen werden.

Vor diesem Hintergrund ist zu erwarten, daß die konjunkturelle Erholung in Westeuropa 1979 anhalten wird. Der Anstieg des realen Sozialprodukts dürfte im Jahresdurchschnitt rund 3 bis 3 1/2 vH betragen und damit etwas höher sein als 1978 (2 1/2 vH). Dabei werden die Länder, in denen die Konjunktur bislang durch die schwache Binnennachfrage gedämpft war, etwas zum Expansionstempo der übrigen Länder aufschließen. Zu einem nennenswerten Abbau der Arbeitslosigkeit wird es nicht kommen. Mit einer weiteren Inflationsberuhigung ist im Verlaufe des Jahres 1979 nur noch in wenigen Ländern zu rechnen. In anderen dürfte der Preisauftrieb bereits wieder zunehmen. Im Jahresdurchschnitt 1979 werden die Verbraucherpreise in Westeuropa voraussichtlich etwas stärker steigen als 1978 (reichlich 7 vH).

Anhaltende Zunahme des Welthandels

Nach dem nur geringfügigen Wiederanstieg im zweiten Halbjahr 1977 hat das Welthandelsvolumen im ersten Halbjahr 1978 kräftig zugenommen. Im Zuge der konjunkturellen Belebung in den westeuropäischen Ländern haben sich deren Importe stark erhöht. Demgegenüber expandierten die Einfuhren der OPEC-Länder sehr viel langsamer als in den letzten Jahren; gleichwohl weisen diese Länder mit einem realen Zuwachs von etwa 7 bis 8 vH noch immer das höchste Importwachstum aus. Obwohl die nicht-erdölproduzierenden Entwicklungsländer seit Mitte des Jahres 1977 vor allem wegen der sinkenden Rohstoffpreise Einbußen bei den Exporterlösen hinnehmen mußten, sind ihre Bezüge bis zuletzt — wenn auch nur langsam — gestiegen. Im Ost-West-Handel ist der Tiefpunkt offenbar überwunden: Nachdem die Staatshandelsländer ihre Einfuhren im letzten Jahr stark gedrosselt hatten, ist jetzt wieder ein geringer Anstieg zu verzeichnen.

Durch die starke Abwertung des Dollar in den letzten Monaten wurden die Welthandelsumsätze, gemessen

in Dollar, erheblich aufgebläht. Dies erschwert es, die reale Expansion und die regionale Entwicklung der internationalen Handelsströme abzuschätzen. Unter Berücksichtigung der konjunkturellen Entwicklung in wichtigen Welthandelsregionen und der sprunghaften Zunahme zu Beginn dieses Jahres wird das Welthandelsvolumen im Jahresdurchschnitt 1978 etwa 5 vH höher als im Vorjahr ausfallen.

Bei der prognostizierten Entwicklung der Weltkonjunktur wird der Welthandel im Jahre 1979 voraussichtlich um 5 bis 6 vH steigen. Die Ein- und Ausfuhren der Industrieländer werden wahrscheinlich so stark wie der Welthandel expandieren. Das Einfuhrvolumen der OPEC-Länder wird vermutlich etwas stärker als der Durchschnitt zunehmen; eine geringere Zuwachsrate — etwa 4 vH — ist hingegen für die Bezüge der Staatshandelsländer und der nicht-erdölproduzierenden Entwicklungsländer zu erwarten.

Erhöhte Rohstoffpreise

Nachdem sich das Preisniveau auf den Weltmärkten für Industrierohstoffe, gemessen in Dollar, im Laufe des ersten Halbjahres 1978 kaum verändert hatte, sind die Preise in den letzten Monaten auf breiter Front gestiegen. Den Anstoß zu dieser Entwicklung gab die restriktivere Angebotspolitik der Produzenten. Hinzu kamen Produktions- und Lieferbehinderungen als Folge von Streiks und politischen Unruhen. Dies veranlaßte die Verarbeiter, bei weiterhin mäßiger Zunahme des laufenden Verbrauchs, ihre relativ niedrigen Vorräte aufzustocken.

Da insgesamt im nächsten Jahr nur ein mäßiger Anstieg der Industrieproduktion in der westlichen Welt zu erwarten ist, wird der laufende Rohstoffverbrauch in wenig verändertem Tempo steigen. Die Käufe zur Lagerauffüllung dürften allmählich abklingen. Die Rohstoffnachfrage wird daher insgesamt nicht mehr so stark wie in den letzten Monaten zunehmen. Selbst wenn die Erzeuger an ihrer restriktiven Angebotspolitik festhalten, ist im allgemeinen kaum mit weiteren Preissteigerungen zu rechnen. Es wird indes angenommen, daß die Ölpreise zu Beginn des nächsten Jahres angehoben werden.

Auf den Märkten für Nahrungs- und Genußmittel dürfte das Preisniveau unverändert bleiben; die Marktlage ist in der Saison 1978/79 durch reichliche Ernten bei den Hauptgetreidearten gekennzeichnet. Nach Preisrückgängen bei Futtergetreide ist hier wie auch bei Weizen — trotz steigender Vorräte — mit gleichbleibenden Preisen zu rechnen, da die Vorratspolitik der USA auf eine Begrenzung des Marktangebots ausgerichtet ist. Bei ausgeglichener Versorgungslage sind auch auf den Märkten für Ölsaaten keine nennenswerten Preisveränderungen zu erwarten. Auf dem Zucker-

markt ist es in Erwartung des Inkrafttretens des Zuckerabkommens und eines leichten Produktionsrückganges in Westeuropa, trotz immer noch hoher Vorräte, zu einer Preissteigerung gekommen, die sich abgeschwächt fortsetzen dürfte. Die Preise für Rind- und Lammfleisch werden aufgrund der Bestandsvermindierungen in den USA und Australien bei fester Nachfrage leicht anziehen. Bei Genußmitteln ist nach vorübergehenden Preissteigerungen mit wieder nachgebenden Notierungen zu rechnen.

Ausblick: Weiterhin mäßiges Wachstum

Im weiteren Verlauf dieses Jahres und im Jahre 1979 wird sich die verhaltene Expansion von Nachfrage und Produktion in den westlichen Industrieländern insgesamt fortsetzen. Dabei wird sich das internationale Konjunkturgefälle umkehren: Während in den USA, die über 3 1/2 Jahre vergleichsweise stark expandierten, mehr und mehr konjunkturelle Abschwächungstendenzen sichtbar werden dürften, wird sich in Westeuropa und in Japan die Erholung wahrscheinlich festigen.

In den USA gehen die wirtschaftspolitischen Bemühungen bei beschleunigtem Preis- und Kostenauftrieb dahin, die Überwälzungsspielräume einzuengen. Dies läßt erwarten, daß die Investitionstätigkeit an Dynamik verliert. Da indes scharfe Bremsmanöver nicht zu erwarten sind und die Lagerdispositionen bislang zurückhaltend blieben, ist mit einem Abrutschen in eine Rezession nicht zu rechnen. Die Umkehrung des Konjunkturgefälles gegenüber den anderen Industrieländern wird zu einer merklichen Verringerung des Leistungsbilanzdefizits der USA beitragen. Dies und die stärkere Stabilitätsorientierung der Wirtschaftspolitik dürften die Voraussetzungen dafür verbessern, daß der Druck auf den Dollar nachläßt.

In Westeuropa und Japan sind die Bedingungen für eine Fortsetzung der Erholungstendenzen günstiger geworden. So hat sich seit Mitte letzten Jahres der Preis- und Lohnauftrieb verlangsamt. Außerdem werden von der Wirtschaftspolitik auch 1979 zumeist expansive Effekte ausgehen. Wie Umfrageergebnisse zeigen, hat sich das Konjunkturklima bereits verbessert, so daß sich für das nächste Jahr eine etwas stärkere Zunahme der privaten Investitionen abzeichnet. Relativ kräftig dürfte die konjunkturelle Aufwärtsbewegung in der Bundesrepublik Deutschland sein, während insbesondere einige kleinere Länder noch nachhinken werden. Anders als in Westeuropa wird die konjunkturelle Besserung in Japan durch finanzpolitische Expansionsprogramme stark forciert werden, um die konjunkturdämpfenden Wirkungen der überaus starken Aufwertung zu kompensieren.

In wichtigen westeuropäischen Volkswirtschaften erscheinen die Fortschritte in der Kosten- und Preisstabilisierung noch nicht als nachhaltig gesichert. Dies gilt namentlich für Großbritannien und Frankreich, wo es zu unerwartet starken Lohnanhebungen gekommen ist, aber auch für Italien, wo eine wichtige Lohnrunde bevorsteht. Es gibt indes in allen drei Ländern Anhaltspunkte, die gegen eine Zuspitzung der lohnpolitischen Entwicklung und damit eine erneute nachhaltige Beeinträchtigung der Gewinnerwartungen der Unternehmen sprechen. Vor diesem Hintergrund ist hier — wie auch für die meisten anderen westeuropäischen Länder — mit einer Beibehaltung des leicht expansiven Kurses der Wirtschaftspolitik zu rechnen.

Auch nach der Verlangsamung des Preisauftriebs bleibt das Inflationsgefälle sehr stark: Die Teuerungsraten werden 1979 voraussichtlich von 12 vH in Italien bis etwa 2 vH in der Schweiz reichen. Solange die Wirtschaftspolitik hier keine wesentliche Annäherung herbeiführt, wie sie in einem erweiterten europäischen Währungsverbund notwendig wäre, bleiben Wechselkursanpassungen unvermeidlich. Die dazu nötige Flexibilität muß auch im Rahmen des geplanten Währungsverbundes gewahrt bleiben.

Einen wachstumshemmenden Einfluß haben weiterhin die anhaltenden protektionistischen Bestrebungen in der Weltwirtschaft. Die Verhandlungen im Rahmen des GATT (Tokio-Runde) sind in einer kritischen Phase, da einerseits die verstärkten Forderungen nach Ausnahmeregelungen für wichtige Bereiche einem positiven Abschluß im Wege stehen, andererseits die Verhandlungsvollmacht der amerikanischen Regierung demnächst ausläuft. Sollten aber die Verhandlungen scheitern, so wäre damit wohl nicht nur ein weiterer Abbau von Handelshemmnissen blockiert, sondern die ohnehin starken — und partiell immer wieder erfolgreichen — Bestrebungen zur Einschränkung des erreichten Liberalisierungsgrades erhielten neue Nahrung. Die dadurch hervorgerufene Beeinträchtigung der Welthandelsexpansion fällt zwar von Jahr zu Jahr gesehen jeweils nur gering ins Gewicht; aber die mittelfristigen Auswirkungen bedeuten eine wesentliche Beeinträchtigung der weltwirtschaftlichen Wachstumsbedingungen und hemmen somit auch die Erholung der Investitionsneigung.

Aus all diesen Überlegungen folgt, daß für die westlichen Industrieländer in ihrer Gesamtheit auch im Verlauf des Jahres 1979 nur mit einem mäßigen Wirtschaftswachstum zu rechnen ist. Der Anstieg des realen Sozialprodukts dürfte wie bereits im Vorjahr im Durchschnitt nur 3 1/2 vH betragen. Dies wird nicht ausreichen, um das weltweite Beschäftigungsproblem zu mildern.

Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland

Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland befindet sich in einer Phase der konjunkturellen Erholung. Der Anstieg der Produktion im Sommer ist nicht nur Reaktion auf die rückläufige Entwicklung in den ersten Monaten dieses Jahres, zu der sowohl ungünstige Witterungseinflüsse und streik- und aussperrungsbedingte Einbußen als auch verunsicherte Unternehmenserwartungen im Gefolge der Währungsturbulenzen beigetragen hatten; er ist darüber hinaus Ergebnis der konjunkturpolitischen Maßnahmen zur Förderung des Wirtschaftswachstums. Mit dem Abflauen der Währungsunruhen und der Zunahme der Auslandsnachfrage nach deutschen Produkten hat ein wichtiges Hemmnis für den Aufschwung an Bedeutung verloren; die Erfolgchancen der auf Ankurbelung der Binnennachfrage gerichteten Wirtschaftspolitik haben sich daher vergrößert.

Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich bisher nicht spürbar verbessert. Die Zahl der Arbeitslosen betrug, von Saisonschwankungen bereinigt, trotz einer leichten Zunahme der Beschäftigtenzahl unverändert rund eine Million.

Die Beruhigung des Preisanstiegs hat sich, nicht zuletzt aufgrund günstiger Sondereinflüsse, fortgesetzt. Im September lagen die Verbraucherpreise nur noch um 2,2 vH höher als ein Jahr zuvor.

Finanzpolitik stimuliert Inlandsnachfrage

Mit den seit dem Frühjahr 1977 beschlossenen Maßnahmen hat der Staat sowohl die Nachfrage nach Investitionsgütern als auch die nach Gütern des privaten und öffentlichen Verbrauchs angeregt. Ins Gewicht fallen dabei

- das Programm für Zukunftsinvestitionen vom 23. 3. 1977, das in diesem Jahr zu zusätzlichen öffentlichen und privaten Investitionen in Höhe von 6,5 Mrd. DM führen wird,
- das Steueränderungsgesetz vom 16. 8. 1977, das durch Erleichterungen bei den Steuern vom Einkommen, der Gewerbesteuer und der Grunderwerbsteuer sowie durch Anhebung des Kindergeldes die Kaufkraft von privaten Haushalten und Unternehmen um rund 6 Mrd. DM steigert; dem steht freilich die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes zu Beginn des Jahres 1978 gegenüber,
- das Gesetz zur Steuerentlastung und Investitionsförderung vom 27. 10. 1977, das Entlastungen im Betrage von 10 Mrd. DM im Bereich der Steuern vom Einkommen gewährt.

Nicht zuletzt aufgrund dieser Maßnahmen stiegen die realen öffentlichen Investitionen im ersten Halb-

jahr um mehr als 7 vH im Vorjahresvergleich. Das Umschwenken auf Expansionskurs kommt auch in der verstärkten Erhöhung des realen Staatsverbrauchs zum Ausdruck, der in der ersten Jahreshälfte um 3 vH höher war als vor einem Jahr. Ausschlaggebend für die beschleunigte Zunahme waren Käufe von militärischen Gütern; auch dürfte die restriktive Haltung bei Neueinstellungen von Personal gelockert worden sein.

Die expansive Ausgabenpolitik ist den Gebietskörperschaften durch die wiederum unerwartet günstige Entwicklung der Einnahmen sicherlich erleichtert worden: Das Steueraufkommen war trotz der Steuerentlastungen im bisherigen Verlauf des Jahres um 8 vH höher als in der entsprechenden Vorjahreszeit und übertraf damit die vorausgeschätzte Zunahme abermals deutlich; die Aufkommenselastizität des Steuersystems war also größer als erwartet.

Das Finanzierungsdefizit der Gebietskörperschaften war der amtlichen Statistik zufolge im ersten Halbjahr zwar nur wenig höher als ein Jahr zuvor, doch werden Ausgaben, die ihrer Entstehung nach schon in dieser Zeit hätten gebucht werden müssen, erst in der Rechnung des zweiten Halbjahres erfaßt. Das Defizit der Sozialversicherung sank um rund eine Milliarde DM.

Expansive Geldpolitik

Die Geldpolitik war bemüht, die lange Zeit schwache Konjunktur zu stützen. Das Geldvolumen expandierte, gleich in welcher Abgrenzung, unvermindert stark. Zu dem raschen Anstieg, der zu einer deutlichen Überschreitung des von der Bundesbank für dieses Jahr gesetzten Geldmengenziels führen wird, kam es durch endogene Faktoren, durch diskretionäre geldpolitische Maßnahmen und durch Interventionen auf dem Devisenmarkt.

Vom zweiten Viertel dieses Jahres an belebte sich die Kreditnachfrage des verarbeitenden Gewerbes. Bei anhaltend rascher Zunahme der Kredite an Wohnungswirtschaft und Staat beschleunigte sich so die Expansion der gesamten Bankkredite. Damit einher ging eine kräftige Steigerung des Bargeldumlaufs und der reservepflichtigen Bankeinlagen der Wirtschaft. Der Mehrbedarf an Zentralbankgeld wurde von der Bundesbank zum Teil dadurch gedeckt, daß sie Mindestreserven freigab und öffentliche Anleihen kaufte. Den Kreditinstituten floß Zentralbankgeld aber vor allem durch Käufe der Bundesbank auf den Devisenmärkten zu.

Außerdem beschafften sich die Kreditinstitute Mittel durch Refinanzierung bei der Bundesbank; deshalb

sanken ihre freien Liquiditätsreserven — vor allem in Form unausgenutzter Rediskontkontingente — auf einen relativ niedrigen Stand. Gleichzeitig stiegen die Geldmarktzinsen leicht an, und der Rückgang der Zinssätze für kurzfristige Bankkredite kam zum Stillstand. Obwohl die Bundesbank mit erheblichen Beiträgen am Anleihemarkt intervenierte, erhöhte sich die Rendite festverzinslicher Wertpapiere; sie ist gegenwärtig um einen halben Prozentpunkt höher als im Herbst vergangenen Jahres.

Grundtendenz der Ausfuhr aufwärtsgerichtet

Erhebliche Schwankungen der Nachfrage aus dem Ausland führten zeitweilig zur Ausbreitung von Unsicherheit und damit zu konjunktureller Labilität. Dennoch weist der Export auch dem Volumen nach eine eindeutig aufwärtsgerichtete Grundtendenz auf; er stieg im Sommerhalbjahr mit einer Jahresrate von 4 bis 5 vH.

Allerdings gab es deutliche Unterschiede in der Entwicklung nach Warengruppen. Bemerkenswert kräftig stieg die Ausfuhr von Grundstoffen und Produktionsgütern, insbesondere von Eisen und Stahl — hier hat sich der Export gegenüber Herbst 1977 um rund ein Fünftel erhöht — sowie von chemischen Erzeugnissen. Offenbar haben hierzu Lagerdispositionen ausländischer Käufer beigetragen. Auch Produkte der Verbrauchsgüterindustrie sind im Sommerhalbjahr verstärkt ins Ausland geliefert worden. Dagegen ist die Ausfuhr von Erzeugnissen der Investitionsgüterindustrie bis zur Jahresmitte gesunken und hat sich bisher noch nicht wieder erholt.

Relativ günstig entwickelte sich die Ausfuhr in die westlichen Industrieländer. Die Ausfuhren in die USA haben sich trotz der Höherbewertung der D-Mark gegenüber dem Dollar beschleunigt erhöht. Die Exporte in die Staatshandelsländer veränderten sich kaum, die in die OPEC-Länder und die sonstigen Entwicklungsländer gingen leicht zurück. Das Preisniveau für Exportgüter blieb annähernd stabil; nur Grundstoffe verteuerten sich, nicht zuletzt wegen der Preisregulierungen für Stahl.

Kräftig steigende Bauinvestitionen

Die Bauinvestitionen haben seit dem Frühjahr in allen Sparten kräftig zugenommen. Besonders deutlich war die Steigerung im öffentlichen Bau, der in diesem Jahr von den seit Herbst 1977 zügig vergebenen Aufträgen aus dem Programm für Zukunftsinvestitionen erheblich gefördert wurde; im ersten Halbjahr wurde das Niveau der entsprechenden Vorjahresperiode um 7 vH übertroffen. Im Wohnungsbau und im Wirtschaftsbau fällt der Vorjahresvergleich trotz ebenfalls lebhafter konjunktureller Expansion

nicht so günstig aus, da vor einem Jahr die Bautätigkeit im Zusammenhang mit dem Ablaufen der Frist für die Inanspruchnahme der Investitionszulage besonders reger war.

In allen Bausparten nahm die Nachfrage, gemessen an den erteilten Genehmigungen wie auch am realen Auftragseingang, stärker zu als die Produktion. In den ersten sieben Monaten stiegen — im Vorjahresvergleich — die Genehmigungen im Wohnungsbau um 20 vH, das Auftragsvolumen um 28 vH. Dabei hat sich die Nachfrage nach Mehrfamiliengebäuden stark erhöht, während sich der Anstieg der Nachfrage nach Ein- und Zweifamilienhäusern abschwächte.

Im öffentlichen Tiefbau waren die preisbereinigten Auftragseingänge in den ersten sieben Monaten um mehr als 20 vH höher als ein Jahr zuvor, im öffentlichen Hochbau um 10 vH. Im Wirtschaftsbau, der ebenfalls vom Programm für Zukunftsinvestitionen begünstigt wird, betrug der entsprechende Zuwachs der Genehmigungen 15 vH, derjenige der preisbereinigten Auftragseingänge 7 vH. Dabei haben Bundesbahn und Bundespost ihre Aufträge besonders stark ausgeweitet.

Die deutlich verbesserte Auftragslage der Bauwirtschaft blieb nicht ohne Rückwirkungen auf die Kosten- und Preisentwicklung: Der Tarifvertrag von Ende Mai brachte — unter Einschluß aller Nebenleistungen — einen Anstieg der Stundenlohnsätze von über 11 vH, das ist doppelt so viel wie im Durchschnitt der übrigen Bereiche. Seit dem Sommer hat sich auch der Anstieg der Preise kräftig beschleunigt, am meisten für öffentliche Tiefbauten.

Ausrüstungsinvestitionen noch schwach

Die Ausrüstungsinvestitionen dürften seit der Jahresmitte wieder steigen. Davor hatten sie ein halbes Jahr stagniert. In dieser Phase gingen die Lieferungen von Investitionsgütern aus dem Inland sogar zurück, teilweise als Folge der streik- und aussperrungsbedingten Produktionsbehinderungen. Die Einfuhren von Investitionsgütern stiegen dagegen weiter.

Nach der Jahresmitte haben sich die Lieferungen aus dem Inland verstärkt; dies gilt nun auch für den Maschinenbau und die elektrotechnische Industrie. Die Einfuhren von Investitionsgütern gingen, wohl vorübergehend, etwas zurück. Die von den Ausrüstungsinvestitionen ausgehenden konjunkturellen Impulse sind insgesamt nach wie vor schwach.

Privater Verbrauch gibt Produktionsimpulse

Die Einkommen der privaten Haushalte haben im Sommerhalbjahr zügig expandiert. Sie stiegen in dieser Zeit mit einer laufenden Jahresrate von 6 vH.

Dabei haben sich die Nettoeinkommen der Arbeitnehmer im Vorjahresvergleich um etwa einen Prozentpunkt stärker erhöht als die Bruttoeinkommen. Durch die Steuersenkungen wurde also die sonst übliche Progression der Belastungen mit Steuern und sonstigen Abgaben mehr als aufgewogen.

Der private Verbrauch ist etwa im Tempo der verfügbaren Einkommen gestiegen. Geringfügige Tempowechsel der Einkommensexpansion, verursacht durch Nachzahlungen aus tariflichen Einkommenserhöhungen und die Vertagung der Rentenerhöhung auf den 1. Januar 1979, wurden offenbar weitgehend durch entgegengerichtete Veränderungen der Ersparnis ausgeglichen. Bei verlangsamtem Anstieg der Verbraucherpreise hat der reale Verbrauch leicht beschleunigt zugenommen. Die nachhaltige Ausweitung des privaten Verbrauchs hat auch zu einer Verbesserung der Absatzerwartungen bei den Produzenten geführt.

Im Vordergrund des Käuferinteresses standen Farbfernsehgeräte und andere Güter der Unterhaltungselektronik. Bemerkenswert hoch blieben die Käufe von Personenkraftwagen. Zunehmende Bedeutung erlangen Waren und Dienstleistungen der Freizeiterstellung. In den entsprechenden Einzelhandelsparten, wie im Handel mit Gartengeräten und Hobbywerkzeugen wurden Umsatzsteigerungen weit über dem Durchschnitt erzielt. Die Erhöhung der Einkommen trägt zusammen mit der Verlängerung des Jahresurlaubs — er beläuft sich im Durchschnitt auf fünf Wochen — zur starken Ausweitung auch der Reiseausgaben bei.

Einfuhr von Fertigwaren steigt weiter kräftig

Die Entwicklung der Wareneinfuhr wurde im Sommerhalbjahr von mehreren, teilweise gegenläufigen Einflüssen bestimmt, die Grundtendenz blieb dabei deutlich aufwärtsgerichtet, und zwar weit mehr als die der Produktion im Inland. Der Anstieg der Einfuhr wurde von den Enderzeugnissen getragen. Die Bezüge gewerblicher Vorprodukte waren dagegen leicht rückläufig, Ausdruck zurückhaltender Lagerdispositionen bei schwach steigender Industrieproduktion.

Die Einfuhrpreise gaben weiter nach. Im August lagen sie um 4,4 vH unter dem Vorjahresniveau. Zurückgegangen sind — teilweise aufgrund sinkender Notierungen auf den internationalen Märkten, teilweise wegen der Höherbewertung der D-Mark — vor allem die Preise von Ernährungsgütern und Grundstoffen. Die Preise von importierten Enderzeugnissen sind weiterhin, wenn auch nur schwach, gestiegen.

Nur leichte Verbesserung am Arbeitsmarkt

Im Sommer hat sich die gesamtwirtschaftliche Produktion wieder deutlich erhöht, teilweise auch in Reak-

tion auf die Produktionsausfälle im ersten Vierteljahr, die durch ungünstige Witterung, Streiks, Aussperrung und Währungsunsicherheit verursacht worden waren. Immerhin nahm das reale Bruttosozialprodukt saison- und arbeitstäglich bereinigt im Sommerhalbjahr mit einer laufenden Jahresrate von rund 4 vH zu. Dabei erhöhte sich das Arbeitsvolumen, die Zahl der Beschäftigten stieg aber nur geringfügig, wobei die Zunahme überwiegend auf die Vermehrung der Ausbildungsplätze zurückgeht.

Die Arbeitslosigkeit ging saisonbereinigt etwa im gleichen geringen Ausmaß zurück, wie die Beschäftigung stieg. Diese Übereinstimmung ist aber zufällig. Denn entlastet wurde der Arbeitsmarkt auch durch die weitere Abwanderung von ausländischen Arbeitskräften in ihre Heimatländer und von Inländern in die „Stille Reserve“. Belastet wurde er durch die Zunahme des inländischen Erwerbspersonenpotentials, das in diesem Jahre um 60 000 höher ist als 1977. Insgesamt hat der Anstieg der Beschäftigung also nicht ausgereicht, das zunehmende Angebot an inländischen Erwerbspersonen aufzunehmen.

Die Statistiken über den Arbeitsmarkt lassen erkennen, daß sich die Beschäftigungsmöglichkeiten für Jugendliche (unter 20 Jahren) offenbar verbessert haben; in dieser Gruppe ist die Arbeitslosenzahl jedenfalls gesunken. Der Rückgang der Zahl älterer Arbeitsloser ist dagegen wohl vorwiegend auf vorgezogene Pensionierung zurückzuführen. Die Arbeitslosenquote der Männer liegt nunmehr mit 3 1/2 vH deutlich unter dem Gesamtdurchschnitt von 4 1/2 vH. Dies weist darauf hin, daß Personen mit beruflicher Ausbildung, die dem Arbeitsmarkt voll zur Verfügung stehen, größere Vermittlungschancen haben als noch vor einiger Zeit.

Nur noch geringer Preisanstieg

Die Preise des privaten Verbrauchs sind in weiter abgeschwächtem Tempo gestiegen; sie erhöhten sich im Sommerhalbjahr nur noch mit einer laufenden Jahresrate von 2 vH. Neben der Verbilligung der Ernährungsgüter aus heimischer Produktion trug zu dieser Entwicklung auch der Rückgang der Preise für Einfuhrgüter bei. Der Preisindex des Bruttosozialprodukts, der zusammenfassende Indikator für die Preisentwicklung der inländischen Produktionsfaktoren, steigt dagegen schon seit geraumer Zeit mit einer nahezu unveränderten Jahresrate von rund 4 vH.

Aus dem Rahmen der ruhigen Preisentwicklung fallen seit Jahresmitte die Preise für Bauleistungen. Im Gefolge der verbesserten Auftragslage und des kurzfristig relativ unelastischen Angebots hat sich der Anstieg beschleunigt. Im Vorjahresvergleich betrug die Teuerungsrate zuletzt über 6 vH.

Ausblick

Seit der Jahresmitte dominieren die expansiven Kräfte in der Wirtschaft der Bundesrepublik. Sie gehen hauptsächlich von den vielfältigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Anregung der Konjunktur aus; weit schwächer sind die Impulse von der Auslandsnachfrage. Die Dispositionen der Wirtschaft zeigen bisher weder bei den Anlageinvestitionen noch bei der Lagerbildung eine stark expansive Orientierung: Ausgeprägte Tendenzen zur Selbstverstärkung fehlen noch. Die erhebliche Verbesserung der Geschäftserwartungen läßt eine Zunahme der selbstverstärkenden Kräfte im Verlauf des nächsten Jahres indes als möglich erscheinen.

Die Prognose der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung beruht auf folgenden Annahmen:

- Die verhaltene Expansion von Nachfrage und Produktion in den Industrieländern wird sich fortsetzen. Der Welthandel wird 1979 real um 5 bis 6 vH zunehmen.
- Der reale Wechselkurs der D-Mark wird sich gegenüber dem Durchschnitt der Währungen der wichtigsten Handelspartner nicht nennenswert ändern.
- Die Gebietskörperschaften werden ihre Ausgaben im vorgesehenen Umfang erhöhen. Die beschlossenen finanzpolitischen Maßnahmen erlangen ohne nennenswerte Veränderung Gesetzeskraft; neue kommen nicht hinzu.
- Die Bundesbank vermindert die Expansion der Geldmenge schrittweise.
- Die Lohnabschlüsse entsprechen der Größenordnung nach im Durchschnitt denen der letzten Lohnrunde.

Ausfuhr steigt wie der Welthandel

Der Anstieg der Ausfuhr wird vor allem von der verhaltenen Expansion der Weltwirtschaft bestimmt werden. Die Höherbewertung der D-Mark — einschließlich der jüngsten Aufwertung innerhalb der europäischen „Währungsschlange“ — wird sich nur sehr begrenzt auswirken, war sie doch, über einen etwas längeren Zeitraum betrachtet, real nicht groß. Eine spürbare reale Aufwertung und insoweit eine Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit ist fast ausschließlich gegenüber dem Dollar-Raum festzustellen. Gegenüber den für die Bundesrepublik erheblich wichtigeren westeuropäischen Märkten gilt dies viel weniger.

Die Zunahme der realen Ausfuhr wird etwa der Expansionsrate des Welthandels entsprechen, die laufende Jahresrate wird rund 6 vH betragen. Dabei wird

die Ausfuhr nach Westeuropa etwas stärker als in diesem Jahr steigen, die in die USA dagegen nicht zuletzt wegen der konjunkturellen Verlangsamung in dieser Region abgeschwächt. Die Lieferungen in die OPEC-Länder werden kaum mehr als die in die westeuropäischen Länder wachsen. Der Export in die übrigen Entwicklungsländer wird wohl weiter stagnieren, da ihre Devisenlage angespannt bleibt. Die Ausfuhr in die Staatshandelsländer dürfte nach wie vor nur schwach zunehmen.

Weiter expansive Finanzpolitik

Auch im kommenden Jahr bleibt die Finanzpolitik auf Konjunkturanregung ausgerichtet; die Impulse gehen vor allem von der Einnahmenseite aus. Die Steuerbeschlüsse vom Juli 1978 werden im nächsten Jahr zu Mindereinnahmen von 7,5 Mrd. DM führen. Zusätzliche Einnahmen von 2,5 Mrd. DM aus der Erhöhung der Mehrwertsteuersätze sind dabei bereits in Rechnung gestellt. Die Steuersenkung wird — ebenso wie die Anhebung des Kindergeldes — kurzfristig vor allem den privaten Verbrauch erhöhen. Sie ist aber auch ein Mittel zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, mit dem Leistungsbereitschaft und Investitionsneigung gefördert werden sollen.

Die Zunahme der gesamten Einnahmen wird mit 5 1/2 vH schwächer ausfallen als die der Ausgaben mit 6 1/2 vH. Dabei werden sich die Personal- und Sachaufwendungen real etwas weniger erhöhen als 1978. Der Anstieg der Investitionen wird sich nach dem kräftigen Schub in diesem Jahr merklich abschwächen, obwohl angenommen worden ist, daß die Gemeinden ihre Investitionsansätze in den Kernhaushalten deutlich anheben. Vom Programm für Zukunftsinvestitionen wird nur noch ein geringer konjunktureller Impuls ausgehen.

Das Finanzierungsdefizit des Staates in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung dürfte sich von 36 auf 45 Mrd. DM erhöhen. Dabei wird es bei der Sozialversicherung zu einem Überschuß von 4 Mrd. DM kommen; die Ausgaben steigen infolge der schon früher eingeleiteten Konsolidierung merklich schwächer als in den vergangenen Jahren. Bei den Gebietskörperschaften wird sich dagegen die Schere zwischen der Entwicklung von Einnahmen und Ausgaben weiter öffnen. Ihr Defizit erhöht sich von 36 auf 49 Mrd. DM. In haushaltsmäßiger Abgrenzung wird sich ein Ausgabenüberschuß von 60 Mrd. nach 45 Mrd. DM in diesem Jahr ergeben¹.

¹ Die Angaben über Finanzierungssalden sollten wegen einer Reihe von erheblichen Unsicherheiten nur als Größenordnung aufgefaßt werden.

Etwas stärkere Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen

Der Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen wird sich 1979 fortsetzen. Dafür spricht die Verbesserung der Rahmenbedingungen ebenso wie das auffallend freundlichere Geschäftsklima. Nach den Ergebnissen des IFO-Investitionstests ist ein Anstieg der realen Ausrüstungsinvestitionen zu erwarten, der vermutlich etwas größer sein wird als in diesem Jahre. Die Aufwärtsentwicklung bliebe damit weiterhin so verhalten wie — mit zum Teil erheblichen Temposchwankungen — nun schon seit dem Ende der Rezession von 1974/75. Erweiterungsinvestitionen werden wohl einen etwas größeren Anteil als bisher haben. Darauf deutet auch die Belegung des gewerblichen Baus hin.

Die Struktur der Investitionen wird sich aller Voraussicht nach nicht mehr so stark wie bisher zu den Produkten der Büro- und Datentechnik sowie zu Nutzfahrzeugen verschieben. Der Absatz der traditionellen Lieferanten von Investitionsgütern, vor allem des Maschinenbaus und der elektrotechnischen Industrie, wird mithin beschleunigt steigen.

Hohe Auslastung der Baukapazitäten

Die Bautätigkeit wird auch im nächsten Jahr eine der treibenden Kräfte für die konjunkturelle Aufwärtstendenz sein. Dafür spricht nicht allein, daß die Nachfrage stärker stieg als die Bautätigkeit, sich also ein großer Auftragsbestand angesammelt hat, sondern auch, daß wichtige Daten, wie die Einkommensentwicklung der privaten Haushalte und die Zinsen, weiterhin günstig sind. Im Wohnungsbau ist der Nachfrageüberhang besonders groß; im öffentlichen Bau wird die Absicht der Bauherren, ihre Aufträge zu strecken und die Fertigstellungsfristen zu verlängern, die Nachfragekumulierung in der nächsten Zeit etwas verringern. Dennoch dürfte die Baunachfrage der öffentlichen Hand schon im Verlauf des nächsten Jahres aufgrund der fortgeschrittenen Abwicklung des Programms für Zukunftsinvestitionen rückläufig sein.

Die Zunahme der Bautätigkeit wird in nächster Zeit vom Mangel an Arbeitskräften, insbesondere an Facharbeitern, begrenzt. Wie die Erfahrung zeigt, sind Bau-facharbeiter, die in andere Berufe übergewechselt sind, nur schwer zurückzugewinnen. Der Anwerbestopp für ausländische Arbeitskräfte erschwert es dem Baugewerbe, sein Angebot verstärkt auszuweiten. Auch die Anpassung durch vermehrte Überstunden erweist sich als schwierig. Die starke Nachfrage nach Baumaschinen zeigt, daß die Bauwirtschaft versucht, das Angebot durch eine Steigerung der Produktivität zu erhöhen.

Bei einem auf diese Weise vergrößerten Angebot dürften die gesamten Bauinvestitionen, nach einem Zuwachs von 4 1/2 vH im Jahre 1978, im nächsten Jahr mit rund 5 vH nochmals recht kräftig zunehmen, wobei freilich die Zuwachsraten im Jahresverlauf eher kleiner werden.

Privater Verbrauch stützt Aufwärtsentwicklung

Die Einkommen werden auch 1979 deutlich steigen. Die Lohnerhöhungen werden voraussichtlich an die Größenordnung der letzten Tarifrunde anknüpfen. Die Steuerpolitik wirkt erneut entlastend, und Renten und Kindergeld werden erhöht. Das gute Konsumklima läßt vermuten, daß die Sparquote so niedrig bleiben wird wie im Jahre 1978. Welchen Einfluß stärker werdende Preissteigerungen im Verlauf des zweiten Halbjahres 1979, auch im Zusammenhang mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer, auf die Konsumneigung haben werden, ist ungewiß. Bei der Erhöhung der Mehrwertsteuer zu Beginn dieses Jahres blieb jedenfalls das erwartete Vorziehen von Käufen aus. Der reale private Verbrauch wird mit rund 3 1/2 vH relativ stetig und kräftig steigen. Angesichts der vermehrten Fertigstellungen von Wohnungen und Eigenheimen wird dabei der Handel mit Hausrat und Wohnbedarf stärker als bisher begünstigt werden.

Fortsetzung des gemäßigten Aufschwungs

Die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung dürfte anhalten. Angesichts der nur mäßigen Expansion in den westeuropäischen Partnerländern und der konjunkturellen Verlangsamung in den USA bleibt es auch 1979 bei einer vorwiegend von der Inlandsnachfrage bestimmten Konjunktorentwicklung. Im nächsten Jahr wird das reale Sozialprodukt um rund 4 vH zunehmen, nach 3 bis 3 1/2 vH in diesem¹.

Die Handelspartner der Bundesrepublik werden weiterhin starke Impulse für ihre Produktion erhalten. Die Zunahme der Importe wird erneut deutlich höher sein als die des Sozialprodukts in der Bundesrepublik und auch höher als die der Exporte.

Leichter Anstieg der Beschäftigung

Es ist anzunehmen, daß die Bereitschaft zur Vergrößerung des Personalbestandes etwas zunimmt, und zwar vor allem in baunahen Bereichen. Nament-

¹ Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung, Essen, schätzt die Wirkung der konjunkturfördernden Faktoren geringer ein als die anderen Institute. Es rechnet daher für das Jahr 1979 nur mit einer Zuwachsrate des realen Bruttosozialprodukts von 3 bis 3 1/2 vH nach 3 vH im Jahre 1978.

lich im Handwerk wird dies zu vermehrten Einstellungen führen. Die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer dürfte sich in der Größenordnung von 100 000 erhöhen. Der Mangel an mobilen und qualifizierten Kräften wird spürbarer werden. Die steigende Zahl von Schulabgängern wird erst nach abgeschlossener Ausbildung, also erst auf mittlere Sicht, helfen, Engpässe zu beseitigen.

Mit der skizzierten Besserung am Arbeitsmarkt dürfte die Jugendarbeitslosigkeit eher abnehmen. Für ältere behinderte Arbeitslose wird die erweiterte Möglichkeit zum frühzeitigen Rentenbezug Entlastung bringen. Für die übrigen Problemgruppen wird sich die Lage dagegen kaum verändern. Die vorgesehene Verbesserung der Mutterschaftsregelung könnte die Vorbehalte der Unternehmen gegen die Beschäftigung von Frauen der entsprechenden Altersgruppen sogar verstärken. Mit der wachsenden Zahl von Schulabgängern aus Gastarbeiterfamilien wird die Arbeitslosigkeit in dieser Gruppe zunehmen. Viele von ihnen sind schon deshalb benachteiligt, weil ihnen ausreichende Deutschkenntnisse und der Hauptschulabschluß fehlen.

Anstieg der Beschäftigung, anhaltende Rückwanderung von ausländischen Arbeitnehmern und frühzeitiger Rückzug aus dem Arbeitsleben werden — trotz demographisch bedingter Zunahme des Arbeitskräftepotentials — zu einer Verminderung der Zahl der Arbeitslosen um rund 50 000 führen. Damit wird die Arbeitslosigkeit zum erstenmal seit vier Jahren auch im Jahresdurchschnitt die Millionengrenze nennenswert unterschreiten.

Preisanstieg verstärkt sich leicht

Eine Reihe jener Faktoren, die bisher die Preissteigerungen gedrückt haben, verlieren künftig an Bedeutung. So geht die Phase ungewöhnlicher Zurückhaltung bei der Erhöhung administrierter Preise zu Ende: Zu Jahresbeginn 1979 werden die Prämien zur Kfz-Versicherung sowie Post-, Rundfunk- und Fernsehgebühren erhöht. Daneben dürften sich die Entlastungen über die Verbilligung der Importwaren vermindern, vor allem weil das Tempo der D-Mark-Aufwertung wahrscheinlich nachlassen wird. Zudem werden die Nahrungsmittelpreise — normale Ernten unterstellt — im Verlauf von 1979 etwas anziehen. Da zur Jahresmitte die Mehrwertsteuersätze erhöht werden und mit einer weitgehenden Überwälzung zu rechnen ist — dies werden die etwas gebesserte Konjunktur und eine reichliche Geldversorgung erlauben —, wird der laufende Preisanstieg auf der Verbraucherstufe deutlich größer sein als im Jahre 1978. Im Jahresdurchschnitt werden die Verbraucherpreise um rund 3 1/2 vH höher sein, nach reichlich 2 1/2 vH im Jahre

1978. Damit wird die seit 1975 anhaltende Periode fortgesetzter Preisstabilisierung unterbrochen.

Wirtschaftspolitische Überlegungen

Die in der Prognose skizzierte gesamtwirtschaftliche Entwicklung kann trotz mancher Verbesserungen keinesfalls als befriedigend gekennzeichnet werden. Die Zahl der Arbeitslosen nimmt zwar ab, sie bleibt aber unvertretbar hoch. Die Inflationsrate, die in diesem Jahre durch Sondereinflüsse gedrückt war, wird sich mit Sicherheit erhöhen. Das Wachstum verstärkt sich zwar, es ist aber nicht auszuschließen, daß es sich nach 1979 schon wieder abschwächt. Deshalb kommt es darauf an, die Bedingungen für Wachstum und Beschäftigung und für eine Fortsetzung der Stabilisierung des Preisniveaus zu verbessern.

Für die Finanzpolitik bedeutet dies, die Weichen bereits jetzt über das nächste Jahr hinaus richtig zu stellen. Vor allem muß eine Stagnation oder gar ein Sinken der öffentlichen Investitionsausgaben, wie es mit der fortschreitenden Abwicklung des Programms für Zukunftsinvestitionen zu befürchten ist, vermieden werden. Die beabsichtigte Streckung staatlicher Bauaufträge ist auch unter diesem Gesichtspunkt sinnvoll. Sie trägt dazu bei, daß der Staat nicht, wie früher, die zyklischen Schwankungen der Baukonjunktur verstärkt.

Der Staat sollte der Wirtschaft aber nicht nur die notwendige Klarheit über sein mittelfristiges Investitionsverhalten verschaffen, sondern auch über die mittelfristige Gestaltung der übrigen Ausgaben und über die Steuerpolitik. Das für mehr Wachstum und Beschäftigung nötige Vertrauen in die für die Zukunft gültigen Rahmenbedingungen sollte dadurch gefördert werden, daß der Staat den Weg, auf dem er die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte erreichen will, darlegt und klarstellt, daß diese nicht über eine Erhöhung der Steuerquote angestrebt wird, sondern über die Verminderung des Anstiegs laufender Ausgaben, insbesondere durch die Einschränkung solcher Subventionen, die für das Wachstum ohne Bedeutung sind oder es sogar hemmen.

Die Bundesbank sollte die Expansion der Geldmenge wieder auf ein stabilisierungsgerechtes Maß zurückführen. Diesem Erfordernis würde eine Verringerung der laufenden Rate der Geldmengenexpansion von derzeit 10 bis 11 vH auf 7 bis 6 vH gegen Ende des Jahres 1979 entsprechen. Um dämpfende Wirkungen auf Beschäftigung und Produktion zu vermeiden, sollte das Einschwenken nicht abrupt, sondern allmählich vollzogen und vorher angekündigt werden. Dadurch ergäbe sich von Jahresdurchschnitt zu Jahresdurchschnitt zwar eine relativ hohe Zuwachsrate von rund

9 vH; eine stärkere Verringerung der Geldmengenexpansion würde aber die Fortsetzung der konjunkturellen Erholung gefährden, ohne die bereits angelegte Beschleunigung des Preisanstiegs im nächsten Jahr nennenswert zu bremsen.

Der stabilisierungsgerechte Kurs kann nur eingehalten werden, wenn die Bundesbank in dem geplanten europäischen Währungsverbund nicht zu Devisenkäufen größeren Umfangs gezwungen ist. Nur dann kann sie auch die Struktur der Geldversorgung auf die Erfordernisse der Geld- und Kapitalmärkte abstimmen. Sie ist dann nämlich frei, die Versorgung der Wirtschaft mit Zentralbankgeld durch den Kauf von inländischen Titeln aller Fristigkeiten sicherzustellen und auf diese Weise übertriebenen Zinssteigerungserwartungen, die möglicherweise von der Abschwächung der Geldmengenexpansion hervorgerufen werden, marktgerecht zu begegnen. Unterstützt die öffentliche Hand diese Politik durch Flexibilität in der Beanspruchung der Kredit- und Kapitalmärkte, dürfte die Verringerung der Geldmengenexpansion ohne Friktionen auf dem Kapitalmarkt gelingen.

Auch wenn die stabilitätspolitischen Ziele der europäischen Länder gegenwärtig weniger unterschiedlich sein mögen als bei der Diskussion über die Bildung des europäischen Währungsblocks im Jahre 1972: die Startbedingungen für ein neues europäisches Währungssystem mit allen Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft sind ungünstiger als damals. Die Spanne der Preissteigerungsraten reicht derzeit von 2 1/2 vH bis 12 vH; im Jahre 1972 betrug sie 5 bis 8 vH.

Chancen, die Unterschiede in den Preissteigerungsraten in überschaubarer Zeit hinreichend zu verringern, bestehen nicht. Mit einem Stabilisierungszwang, dem sich die stark inflationierenden Länder als Mitglieder des Währungsverbundes fügen müßten, könnte um so weniger gerechnet werden, je großzügiger der währungspolitische Beistand gehandhabt würde. Daher müßten die Leitkurse der einzelnen Währungen so häufig geändert werden, daß dies dem Ziel des Währungsverbundes, die Wechselkurse zu stabilisieren, widerspräche. Hielte man dagegen an den Leitkursen allzu lange fest, dann würden die entstehenden Spannungen früher oder später zu einem Auseinanderbrechen des Verbunds führen. Gewonnen wäre für die europäische Einigung nichts, im Gegenteil: Hoffnungen würden wiederum enttäuscht.

Eine nachhaltige wirtschaftliche Besserung ist freilich allein mit der beschriebenen Finanz- und Geldpolitik nicht gesichert. Sie ist nur dann möglich, wenn die konjunkturelle Erholung nicht durch Verteilungskämpfe gestört wird. Auch bei der Lohnpolitik ist eine Orientierung an mittelfristigen Möglichkeiten und Notwendigkeiten erforderlich. Dazu gehört auch die Beachtung der Tatsache, daß sich in den kommenden Jahren das Arbeitskräftepotential erhöht. Um die Eingliederung ins Erwerbsleben zu erleichtern, sollten die Kostenbarrieren nicht zu hoch sein. Die einzelnen Lohnabschlüsse sollten darüber hinaus den auf Teilmärkten unterschiedlichen Knappheitsgrad an Arbeitskräften berücksichtigen.

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 1978 und 1979

	1977 ¹⁾	1978 ²⁾	1979 ²⁾	1978		1979	
	Jahre			1. Hj. ¹⁾	2. Hj. ²⁾	1. Hj. ²⁾	2. Hj. ²⁾

1. Entstehung des Sozialprodukts Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Zahl der Erwerbstätigen	- 0,3	0	0,5	0,0	0	0,5	0,5
Arbeitszeit (arbeitstäglich)	- 0,4	- 0,5	- 0	- 0,9	0	0	- 0,5
Arbeitstage ³⁾	- 0,3	- 0	- 0	0,3	- 0,5	- 0	- 0
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	- 1,0	- 0,5	0	- 0,6	- 0,5	0,5	- 0
Produktivität ⁴⁾	3,8	3,5	3,5	3,2	4	4	3
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1970.....	2,8	3	4	2,6	3,5	4,5	3

2. Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	668,6	710,5	758,5	339,7	370,5	362,5	396
Staatsverbrauch	240,1	256	272,5	116,2	139,5	125	147,5
Anlageinvestitionen	250,2	274	304	124,7	149	139,5	164,5
Ausrüstungen	99,9	107	117	50,2	57	54,5	62,5
Bauten	150,3	167	187	74,5	92,5	85	102
Vorratsveränderung	11,2	9	13	7,3	1,5	10	3,5
Außenbeitrag	28,6	36	34,5	18,1	18	20	15
Ausfuhr	329,2	345,5	372,5	168,0	177,5	181,5	191
Einfuhr	300,6	309,5	338	149,9	159,5	161,5	176
Bruttosozialprodukt	1198,7	1284,5	1383	605,9	678,5	657	726

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	7,0	6	7	6,9	5,5	6,5	7
Staatsverbrauch	5,6	6,5	6,5	4,9	8	7,5	5,5
Anlageinvestitionen	7,6	9,5	11	8,1	10,5	12	10,5
Ausrüstungen	10,2	7	9,5	8,9	5,5	9	10
Bauten	6,0	11	12,5	7,6	14	14,5	10,5
Ausfuhr	5,6	5	8	5,0	5	8	7,5
Einfuhr	6,5	3	9	2,7	3,5	8	10,5
Bruttosozialprodukt	6,3	7	7,5	6,7	7,5	8,5	7

3. Verwendung des Sozialprodukts in Preisen von 1970 a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	455,5	471,5	487,5	227,1	244,5	235,5	251,5
Staatsverbrauch	143,1	147,5	151,5	70,9	76,5	73	78,5
Anlageinvestitionen	180,8	189,5	199,5	87,5	102	93	106,5
Ausrüstungen	74,7	78,5	83	36,9	41,5	39	44
Bauten	106,1	111	116,5	50,6	60,5	54	62,5
Vorratsveränderung	7,5	5,5	8	4,7	1	6	2
Außenbeitrag	26,9	26	25,5	13,0	13	14	12
Ausfuhr	233,2	242,5	257	118,5	124	126	131
Einfuhr	206,3	216,5	231	105,5	111	112	119
Bruttosozialprodukt	813,8	840	872	403,1	437	421,5	450,5

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	3,1	3,5	3,5	4,0	3	4	3
Staatsverbrauch	1,0	3	2,5	2,9	3,5	2,5	2,5
Anlageinvestitionen	4,1	4,5	5,5	4,0	5,5	6,5	4,5
Ausrüstungen	7,7	5	6	7,0	3	5,5	6,5
Bauten	1,7	4,5	5	2,0	7	6,5	3,5
Ausfuhr	3,9	4	6	4,3	4	6	5,5
Einfuhr	4,3	5	6,5	6,0	4	6	7
Bruttosozialprodukt	2,6	3	4	2,8	3,5	4,5	3

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1977 ¹⁾	1978 ²⁾	1979 ³⁾	1978		1979	
	Jahre			1. Hj. ¹⁾	2. Hj. ²⁾	1. Hj. ²⁾	2. Hj. ³⁾

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Sozialprodukts (1970 = 100)

Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	3,8	2,5	3,5	2,8	2,5	3	4
Staatsverbrauch	4,6	3,5	4	1,9	4,5	5	3
Anlageinvestitionen	3,4	4,5	5,5	3,9	5	5,5	5,5
Ausrüstungen	2,2	2	3	1,8	2,5	3	3,5
Bauten	4,2	6	7	5,4	6,5	7	7
Ausfuhr	1,6	1	2	0,6	1	1,5	2
Einfuhr	2,1	- 2	2,5	- 3,1	- 1	1,5	3
Bruttosozialprodukt	3,6	4	3,5	3,8	4	3,5	3,5

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	670,9	711	759,5	341,3	370	366	393
Bruttolohn- und -gehaltsumme	546,3	577,5	618,5	275,3	302,5	295	321,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	382,3	407,5	436,5	197,7	210	212,5	224
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	263,6	285,5	312,5	124,4	161,5	140,5	172
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	199,7	221	249,5	92,4	129	109	140,5
Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen ⁵⁾	185,1	195,5	208,5	83,5	112	88,5	119,5
Nichtentnommene Gewinne	14,6	25,5	41,5	8,9	16,5	20,5	21
Volkseinkommen	934,5	997	1072	465,7	531	506,5	565,5
Abschreibungen	134,4	144,5	157,5	70,9	74	77	80,5
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	129,8	143	154	69,3	74	73,5	80,5
Bruttosozialprodukt	1198,7	1284,5	1383	605,9	678,5	657	726

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	7,1	6	7	5,8	6	7,5	6,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	7,0	5,5	6,5	5,3	6	7	6,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	5,8	6,5	7	6,0	7	7,5	7
nachrichtlich:							
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	6,9	5,5	6	5,1	6	6,5	5,5
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	5,7	6,5	6,5	5,8	7	7	6
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	3,5	8,5	9,5	6,5	10	13	7
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	- 0,7	11	13	7,7	13	18	9
Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen ⁵⁾	2,2	5,5	6,5	4,7	6,5	6,5	6,5
Volkseinkommen	6,1	6,5	7,5	6,0	7,5	9	6,5
Abschreibungen	7,1	7,5	8,5	7,2	8	8,5	9
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	7,0	10	7,5	11,5	9	6	9
Bruttosozialprodukt	6,3	7	7,5	6,7	7,5	8,5	7

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte

a) Mrd. DM

Nettolohn- und -gehaltsumme	382,3	407,5	436,5	197,7	210	212,5	224
Empfangene laufende Übertragungen	208,2	221	233	110,5	110,5	116	118,5
Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen	204,4	217	233,5	94,3	123	101,5	132,5
Abzüge: Zinsen auf Konsumentenschulden	7,7	8,5	9,5	4,2	4,5	4,5	5
Geleistete laufende Übertragungen ⁶⁾	23,1	25,5	27	11,8	13,5	12,5	14,5
Verfügbares Einkommen	763,9	811,5	866,5	386,4	425	413	453,5
Privater Verbrauch	668,6	710,5	758,5	339,7	370,5	362,5	396
Ersparnis	95,4	101,5	108	46,7	54,5	50,5	57,5
Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens (Sparquote)	12,5	12,5	12,5	12,1	13	12	12,5

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Nettolohn- und -gehaltsumme	5,8	6,5	7	6,0	7	7,5	7
Empfangene laufende Übertragungen	6,9	6	5,5	8,5	4	5	5,5
Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen	4,2	6	7,5	5,2	7	7,5	7,5
Verfügbares Einkommen	5,9	6	7	6,3	6	7	6,5
Privater Verbrauch	7,0	6	7	6,9	5,5	6,5	7
Ersparnis	- 1,5	6	6,5	2,0	10	7,5	5,5

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1977 ¹⁾	1978 ²⁾	1979 ²⁾	1978		1979	
	Jahre			1. Hj.1)	2. Hj.2)	1. Hj.3)	2. Hj.3)

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁷⁾

a) Mrd. DM

Einnahmen							
Steuern ⁸⁾	313,6	329,5	344,5	155,3	174,5	161,5	183
Sozialbeiträge	185,8	200	215,5	98,6	101,5	106	108,5
Erwerbseinkünfte	9,2	10,5	10,5	5,3	5,5	5,5	5,5
Sonstige laufende Übertragungen	12,3	12,5	13	6,2	6,5	6,5	6,5
Empfangene Vermögensübertragungen	6,5	5,5	5,5	2,6	3	2,5	3
Einnahmen insgesamt	527,4	558,5	589	268,0	290,5	282,5	306,5
Ausgaben							
Staatsverbrauch	240,1	256	273	116,2	139,5	125	147,5
Zinsen	20,7	23,5	26,5	11,8	11,5	13,5	13
Laufende Übertragungen an	234,0	250	264,5	124,5	125,5	132	132,5
Private Haushalte ⁸⁾	194,0	206	217,5	103,0	103	109	108,5
Unternehmen	22,2	24	25,5	11,4	12,5	12,5	13
Ausland	17,8	20	22	10,1	10	11	11
Geleistete Vermögensübertragungen	29,7	27	27,5	12,6	14,5	12,5	15
Nettoinvestitionen	33,4	38,5	42,5	16,3	22,5	18,5	24
Ausgaben insgesamt	558,0	595	634	281,4	313,5	301,5	332,5
Finanzierungssaldo ⁹⁾	— 30,6	— 36,5	— 45	— 13,4	— 23	— 19	— 26

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern ⁸⁾	11,2	5	4,5	6,0	4	4	5
Sozialbeiträge	7,3	7,5	7,5	8,6	7,5	7,5	7
Erwerbseinkünfte	— 7,6	14,5	2	14,1	14,5	3	1
Sonstige laufende Übertragungen	28,7	2,5	4	— 0,5	5,5	5	3
Empfangene Vermögensübertragungen	— 16,9	— 12	— 2	— 9,6	— 13,5	— 1	— 2,5
Einnahmen insgesamt	9,3	6	5,5	6,7	5	5,5	5,5
Ausgaben							
Staatsverbrauch	5,6	6,5	6,5	4,9	8	7,5	6
Zinsen	18,0	12,5	13,5	10,2	14,5	13	14,5
Laufende Übertragungen an	8,6	7	6	8,8	5	6	6
Private Haushalte ⁸⁾	7,1	6	5,5	8,6	4	5,5	5
Unternehmen	15,2	7	7	5,6	9	8	6,5
Ausland	18,7	12	10	15,1	9	8	12
Geleistete Vermögensübertragungen	3,9	— 8,5	0,5	— 9,0	— 7,5	— 0,5	1,5
Nettoinvestitionen	— 1,7	15,5	10	13,5	17,5	13	8
Ausgaben insgesamt	6,7	6,5	6,5	6,6	6,5	7	6

1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft 9/1978, S. 541 ff.) sowie eigene Berechnungen der Arbeitszeit und der Produktivität — Abweichungen in den Summen durch Rundung der Angaben in Mrd. DM bedingt. 2) Vorausschätzungen der beteiligten Institute — Angaben gerundet. 3) Veränderung der Zahl der Arbeitstage nur zur Hälfte berücksichtigt. 4) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1970 je Erwerbstätigenstunde. 5) Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden. 6) Nicht zurechenbare Steuern, freiwillige Sozialbeiträge der Selbständigen, Hausfrauen u. ä., Rückerstattungen und sonstige laufende Übertragungen an den Staat, Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich Schadenversicherungsleistungen, internationale private Übertragungen. 7) Gebietskörperschaften, ERP, Lastenausgleichsfonds und Sozialversicherung. 8) Einschließlich der Beschlüsse der Bundesregierung vom 28. 7. 1978, die insbesondere Entlastungen bei der Lohn- und Einkommensteuer, eine Erhöhung des Kindergeldes sowie eine Erhöhung der Mehrwertsteuer vorsehen. 9) Summe aller Einnahmen ohne Bruttokreditaufnahme, Darlehensrückflüsse und Entnahmen aus Rücklagen abzüglich Summe aller Ausgaben ohne Tilgung von Krediten, Gewährung von Darlehen und Zuführung zu Rücklagen.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Beiträge zur Strukturforschung

erscheinen seit 1967. Format DIN A 4. Seit 1976 sind erschienen:

- Heft 39 **Wettbewerbsrelationen im Außenhandel westlicher Industrieländer 1959 bis 1973.** Von K. Henkner. 199 S. 1976. DM 68,—.
- Heft 40 **Berufswunsch und Berufswahl.** Analyse einiger Determinanten und Interdependenzen. Von K.-P. Gaulke. 118 S. 1976. DM 44,60.
- Heft 41 **Anlageinvestitionen und Anlagevermögen in den Wirtschaftsbereichen der Bundesrepublik Deutschland.** Von B. Görzig und W. Kirner. 106 S. 1976. DM 36,80.
- Heft 42 **Sensitivitätsanalysen im statischen offenen Leontief-Modell.** Von J. Schintke. 180 S. 1976. DM 56,—.
- Heft 43/I **Zielsetzung, Methodik und zusammengefaßte Ergebnisse der Prognose für den Güter- und Personenverkehr bis zum Jahre 1990.** Von Günther John. 84 S. 1977. DM 36,60.
- Heft 43/II **Analyse und Prognose des Personenverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 1990.** Von Rainer Hopf, Günther John, Heilwig Riecke unter Mitarbeit von Joachim Niklas. 243 S. 1977. DM 118,—.
- Heft 43/III **Die Personenverkehrsnachfrage in den Regionen der Bundesrepublik Deutschland 1970 und 1990 — Untersuchung der regionalen Struktur des Aufkommens und der Verflechtung im Personenverkehr nach Fahrtzwecken und Verkehrsarten und ihrer Beziehung zu raumordnungspolitischen Zielsetzungen.** Von Ulrich Voigt. 262 S. 1977. DM 124,—.
- Heft 43/IV **Analyse und Prognose des Güterverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 1990.** Von H.-J. Frank. 155 S. 1976. DM 76,—.
- Heft 43/V **Die Güterverkehrsnachfrage in den Regionen der Bundesrepublik Deutschland 1970 und 1990.** Von P. Lünsdorf. 281 S. 1976. DM 126,—.
- Heft 43/VI **Die Verkehrsströme in der Bundesrepublik Deutschland 1970 und 1990.** Kennziffern großräumiger Verkehrsströme als Entscheidungsgrundlage für eine integrierte Verkehrswegeplanung. Von Joachim Niklas. 190 S. 1977. DM 84,—.
- Heft 44 **Bedingungen für Angebot und Nachfrage nach Koks- und Anthrazit in der Welt bis 1985.** Von M. Rumberger und E. Wellig. 107 S. 1976. DM 64,—.
- Heft 45 **Multiplikatorwirkungen des Konjunkturprogramms von 1975 — Anwendung des um den Keynes'schen Multiplikator erweiterten Input-Output-Modells.** Von R. Stäglin unter Mitarbeit von R. Pischner, B. Weiser und H. Wessels. 55 S. 1976. DM 36,60.
- Heft 46 **Zur Bedeutung der Staatsausgaben für die Beschäftigung.** Input-Output-Studie der Beschäftigungswirkungen von Ausgabenkürzungen. Von Jochen Schmidt. 113 S. 1977. DM 46,60.
- Heft 47 **Entwicklungshilfe und internationale Arbeitsteilung — Ableitung sektoraler Schwerpunkte mit Hilfe der linearen Programmierung am Beispiel der Republik Korea.** Von Dieter Schumacher unter Mitarbeit von Helmut Stütz. 96 S. 1977. DM 39,80.
- Heft 48 **Dienstleistungen in der Gesamtwirtschaft.** Von Charlotte Otto-Arnold unter Mitarbeit von Ulrich Burschat. 172 S. 1978. DM 82,—.
- Heft 49 **Einkommens- und Verbrauchsschichtung für die größeren Verwendungsbereiche des privaten Verbrauchs und die privaten Ersparnisse in der Bundesrepublik Deutschland 1955 bis 1974.** Von Gerhard Göseke und Klaus-Dietrich Bedau. 215 S. 1978. DM 89,60.
- Heft 50 **Die Osteinfuhrstruktur der Bundesrepublik Deutschland und anderer westlicher Länder — Eine vergleichende Darstellung.** Von Jochen Bethkenhagen, Hans Martin Duseberg, Maria Lodahl. 139 S. 1978. DM 64,—.
- Heft 51 **Produktions- und Beschäftigungseffekte im Innerdeutschen Handel.** Von Horst Lambrecht und Hans Wessels. 54 Seiten, 1978.

— Die nächste Nummer des Wochenberichts erscheint am 9. November 1978 —

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Dr. Karl König

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter
Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich
Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.
Bezugspreis für den Jahrgang DM 80,—, vierteljährlich DM 25,—, Einzelnummer DM 3,—.